

# 16plus



Das Bad Honnefer Wahlmagazin für alle ab 16 Jahre

Herausgeber: Stadtjugendring Bad Honnef e.V.



Umfrage unter 479 Schülern:

## Was die jungen Bad Honnefer sagen

Wahlprüfsteine:

## Was die Politiker antworten



# Impressum

## Herausgeber:

Stadtjugendring Bad Honnef e.V.  
Rommersdorfer Str. 78  
53604 Bad Honnef  
Tel. 02224/919499  
Fax 02224/919502  
www.stadtjugendring-bad-honnef.de



## Verantwortlich i.S.d.P.:

Andreas Roschlau, Vorsitzender  
roschlau@stadtjugendring-bad-honnef.de

## Projektbetreuung & Umfrage:

Tanja Görlich, Sabine Croonenbroeck, Tamar  
Zimmermann, Bea Fey, Leon Jordan

## Redaktion & Layout:

Fa. Layoutservice, Marcelo Peerenboom  
Ehrenberg 55a, 53577 Neustadt  
marcelo.peerenboom@t-online.de

## Fotos:

Heinz-Werner Lamberz/Creativ Picture,  
www.creativ-picture.de  
Fotolia (Lev Dolgachov, Alexander Raths,  
janvier, Kaesler Media, yanlev, Zerbor,  
Igor Stevanovic, grafikplusfoto)  
Christian Schwier

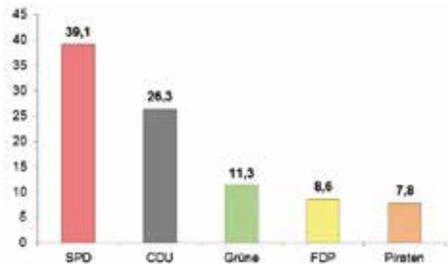
*Das Projekt wurde finanziell maßgeblich  
gefördert durch das Land Nordrhein-West-  
falen/Landesjugendamt Rheinland*



# Inhalt

<b>Vorwort</b>	3
<b>Wie funktioniert das Wählen?</b>	4
<b>Facebook: Die Erstwähler</b>	9
<b>Umfrage unter Jugendlichen</b>	10
Thema: Verkehr	11
Thema: Schule	14
Thema: Sicherheit	18
Thema: Politik	21
<b>Politiker antworten:</b>	
Bus & Bahn	12
Abitur: G8 oder G9	16
Überwachungskameras	18
Wahlalter 16	22
<b>Vorstellung der Kandidaten für den Landtag</b>	24

## Landtagswahl 2012



Weitere Informationen:

[www.erstwaehler.nrw.de](http://www.erstwaehler.nrw.de)



Bei der Kommunalwahl ist Nordrhein-Westfalen anderen Bundesländern voraus: Wenn neue Kommunalparlamente sowie Landräte und Bürgermeister gewählt werden, dann sind auch alle Jugendlichen ab 16 zur Wahl aufgerufen. Bei der Landtagswahl hingegen ist das anders: Da dürfen alle ab 18 wählen. Wie finden das die Bad Honnefer Jugendlichen? Die Antwort auf diese Frage findet sich in diesem Heft.

Der Stadtjugendring Bad Honnef möchte mit dieser Broschüre Lust aufs Wählen machen. Und weil es für viele junge Bad Honnefer das erste Mal ist, dass sie an einer Wahl teilnehmen dürfen, erklären wir, wie das eigentlich mit dem Wählen funktioniert.

Im Vorfeld der Wahl haben wir Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren nach vielen Dingen gefragt, etwa wie zufrieden sie mit dem Zustand der Schulen sind. Die Ergebnisse der Umfrage, an der sich 479 junge Menschen beteiligt haben, finden sich ebenfalls in diesem Heft.

In Workshops haben wir aus diesen Ergebnissen Fragen an die Kandidaten formuliert, die sich für einen Sitz im Landtag bewerben. Die Antworten sind interessant und helfen dabei, die richtige Wahl zu treffen.

Wir danken an dieser Stelle den beteiligten Schulen für ihre Kooperation.

Wir wünschen allen „eine gute Wahl“.

# Landtagswahl: Wie geht das eigentlich?

## Antworten auf die häufigsten Fragen

### Wer darf überhaupt wählen?

Für die Wahlberechtigung zur Landtagswahl musst Du drei Voraussetzungen erfüllen:

- Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft.
- Du musst mindestens 18 Jahre alt sein (also spätestens am 14. Mai 1999 geboren).
- Du musst mindestens seit dem 28. April 2017 in NRW wohnen oder Dich gewöhnlich dort aufhalten. Für den Fall, dass Du in mehreren Wohnungen wohnst, muss der Hauptwohnsitz in NRW liegen.

Als EU-Bürger/EU-Bürgerin mit einer anderen Staatsbürgerschaft als der deutschen, bist Du für die Landtagswahl leider nicht wahlberechtigt.

### Was müssen Bürger tun, um an der Wahl teilnehmen zu dürfen?

Am wichtigsten ist, dass Du rechtzeitig vor der Wahl (Stichtag 9. April, 35 Tage vorher) Deinen Hauptwohnsitz in NRW angemeldet hast. So wirst Du automatisch in das Wählerverzeichnis eingetragen und kannst ganz normal Deine Stimme im Wahllo-



kal oder per Briefwahl abgeben. Falls Du kurz vorher umzieht, erkundige Dich bitte beim Wahlamt deiner Stadt. Im Notfall kannst Du dich aber auch immer an das Wahlamt Deiner Gemeinde wenden.

### Wie viele Stimmen habe ich, und welche Stimme ist wofür?

Bei der Landtagswahl hast Du insgesamt 2 Stimmen. Mit der Erststimme kannst Du in der linken Spalte des Stimmzettels Deinen Landtagsabgeordneten wählen. Mit der Zweitstimme wird die Landesliste einer Partei gewählt – diese findest Du in der rechten Spalte des Stimmzettels. Manchmal kommt es vor, dass eine Partei zwar eine Landesliste, aber keinen Bewerber in Deinem Wahlkreis hat. Dann bleibt der entsprechende Platz in der linken Spalte (Erststimme) leer.

Kurz zusammengefasst: Mit der Erststimme unterstützt Du Deinen gewünschten Wahlkreiskandidaten und mit der Zweitstimme kannst Du die Stärke einer bestimmten Partei im Landtag beeinflussen. Genau das gleiche Prinzip wird auch bei der Bundestagswahl angewandt.

## Wie kann ich an der Briefwahl teilnehmen?

Leider übernimmt keine weiße Postesteule diesen Job für Dich – die Briefwahl muss unbedingt beantragt werden! Sofern Du wahlberechtigt bist, erhältst Du rund 3 Wochen vor der Wahl eine Wahlbenachrichtigung. Auf der Rückseite dieses Schreibens findest Du den Antrag für einen Wahlschein. Diesen benötigst Du für die Briefwahl.

Der ausgefüllte Wahlscheinantrag muss dann unterschrieben im Wahlamt der Heimatgemeinde abgegeben oder per Post dorthin gesendet werden. Alternativ kann ein Wahlschein auch mündlich (nicht telefonisch!) beantragt werden.

Mit dem Wahlschein erhältst Du dann auch automatisch Deine Briefwahlunterlagen – entweder per Post, oder Du holst sie persönlich beim Wahlamt Deiner Gemeinde ab.

## Was muss ich mitbringen, um wählen zu können?

Damit Du im Wahllokal Deine Stimme abgeben kannst, musst Du Deine Wahlbenachrichtigung mitbringen, die per Post gekommen ist. Zusätzlich solltest Du auch Deinen Personalausweis oder Reisepass mitnehmen. Falls sich einmal Zweifel erge-

ben, kann der Wahlvorstand deren Vorlage verlangen.

Falls Du Deine Wahlbenachrichtigung verloren oder vergessen hast, kannst Du trotzdem wählen, sofern Du Dich ausweisen kannst.

## Was kann ich machen, wenn ich mein Kreuz aus Versehen an der falschen Stelle gemacht habe?

Das kann mal passieren und ist kein Problem. Du erhältst auf Wunsch einen neuen Stimmzettel vom Wahlvorstand. Dafür muss der alte Wahlzettel vorher im Beisein eines Mitgliedes des Wahlvorstandes vernichtet werden.

Passiert so ein Versehen bei der Briefwahl, solltest Du Dich mit dem Wahlamt Deiner Gemeinde in Verbindung setzen.



## Wodurch wird ein Stimmzettel ungültig?

Ein ungültiger Stimmzettel kann die verschiedensten Ursachen haben. Wenn beispielsweise auf dem Stimmzettel kein Kennzeichen angebracht ist, wenn ein

Fragezeichen angebracht wurde, wenn die Rückseite gekennzeichnet ist, wenn sich das Kreuzchen über mehrere Kreise oder Felder erstreckt und nicht erkenntlich ist, wem die Stimme zuzurechnen ist.

Um eine gültige Erst- und Zweitstimme abzugeben, solltest Du eine eindeutige Kennzeichnung vornehmen, den Stimmzettel nicht beschädigen.

### Wahlgeheimnis: Darf oder muss ich jemandem von meiner Wahl erzählen?

„Alles kann, nichts muss“ – so könnte man das mit dem Wahlgeheimnis gut zusammenfassen. Abgesehen von der Stimmabgabe als solcher, die zwingend geheim ist und dem Verbot, andere in ihrer Wahlentscheidung zu beeinflussen, kannst Du gerne aller Welt von Deiner Wahlentscheidung erzählen.

### Wie viele Abgeordnete sitzen später im Landtag, und wie errechnet sich, wer wie viele Sitze hat?

Im nächsten Landtag werden mindestens 181 Abgeordnete sitzen, von denen 128 „direkt“ in den Wahlkreisen und 53 über die Landeslisten gewählt werden. Es können weitere Sitze aus sog. Überhang- und Ausgleichsmandaten hinzukommen.

Jetzt wird es allerdings etwas komplizierter:

Überhangmandate entstehen, falls eine Partei mehr Direktmandate in den Wahlkreisen erringt als ihr Sitze nach ihrem

Zweitstimmenanteil im Land zustehen. Die Partei darf diese Überhangmandate ohne Einschränkung behalten, direkt gewählte Abgeordnete ziehen ausnahmslos in den nordrhein-westfälischen Landtag ein. Hier gibt es keinen Unterschied zur Bundestagswahl.

Um den durch Erst- und Zweitstimmen geäußerten Wählerwillen insgesamt korrekt abzubilden und eine Benachteiligung von Parteien ohne Überhangmandate zu vermeiden, kann es erforderlich sein, deren Sitzzahl durch Ausgleichsmandate zu erhöhen. Zuerkannte Ausgleichsmandate werden aus den Landeslisten besetzt. Das mathematische Berechnungsverfahren für diesen Verhältnisausgleich ist gesetzlich festgeschrieben.

Und bevor es jetzt viel zu kompliziert wird, nur noch ein Satz dazu: Im Detail wird die Sitzverteilung nach dem Divisorverfahren mit Standardrundung ermittelt.

Der Landtag wird nach Art. 34 unserer Landesverfassung auf fünf Jahre gewählt.

### Was ist die 5-Prozent-Hürde?

Parteien, die weniger als 5 Prozent der Zweitstimmen erhalten haben, bleiben nach Paragraph 33 Abs. 2 unseres Landeswahlgesetzes bei der Sitzverteilung im Landtag unberücksichtigt. Man spricht hier auch von einer Sperrklausel, die ebenso für Wahlen zum Deutschen Bundestag gilt. Auf diese Weise soll einer Zersplitterung des Parlaments vorgebeugt werden, die die Funktionsfähigkeit des Landtags ernsthaft beeinträchtigen könnte.



## Was ist, wenn ich keine Wahlbenachrichtigung erhalten habe?

Falls Du in einem Wählerverzeichnis Deiner Gemeinde stehst, also wahlberechtigt bist, aber keine Wahlbenachrichtigung erhalten hast, darfst Du natürlich trotzdem wählen. Frage am besten jedoch kurzfristig beim Wahlamt Deiner Gemeinde nach um herauszufinden, in welchem Wahlraum (Wahllokal) Du wählen darfst. Nimm anstelle der Wahlberechtigungskarte aber auf jeden Fall Deinen Personalausweis, Pass oder ein sonstiges Ausweisdokument mit.

## Wie wird das Wahlergebnis ermittelt?

Das geschieht in einem mehrstufigen Verfahren:

Nach dem Ende der allgemeinen Wahlzeit am 14. Mai 2017 um 18 Uhr zählen alle Wahlvorstände öffentlich die Stimmzettel im Wahlraum aus. Entsprechendes gilt für die Briefwahlvorstände. Die Vorgehensweise ist dabei ganz genau festgeschrieben.

Zunächst wird die Zahl der Wählerinnen und Wähler ermittelt. Anschließend werden die auf die Wahlvorschläge entfallenen gültigen und die ungültigen Stimmen

gezählt. Alle Ergebnisse werden von den Wahlvorständen in den Wahlniederschriften sorgfältig dokumentiert.

Auf dieser Grundlage ermitteln die Bürgermeister das Gemeindewahlergebnis, das anschließend der zuständigen Kreiswahlleitung gemeldet wird. Alle Kreiswahlleiterinnen und Kreiswahlleiter stellen dann ihr vorläufiges Wahlkreisergebnis zusammen und melden es schnellstens dem Landeswahlleiter.

Der Landeswahlleiter ermittelt dann das vorläufige amtliche Landesergebnis mit der künftigen Sitzverteilung im Landtag und gibt es noch in der Wahlnacht bekannt. Dabei handelt es sich folglich nicht mehr um Prognosen oder Hochrechnungen, wie sie in den Medien aufgrund sog. Wählernachbefragungen am Wahlabend verbreitet werden.

Die spätere Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses obliegt auf Wahlkreisebene dem Kreiswahlausschuss, auf Landesebene dem Landeswahlausschuss.

### Wann gibt es die ersten Hochrechnungen?

Prognosen und Hochrechnungen kommen zustande

- durch Befragungen der Bürgerinnen und Bürger in der Zeit vor der Wahl,
- durch Wählernachbefragungen am Wahltag nach Verlassen des Wahllokals („exit polls“) sowie
- durch die sukzessiv eintreffende Ergebnisse der Stimmenauszählung in einzelnen Wahllokalen.

Sie werden von Meinungsforschungsinstituten für die Medien gefertigt.

Der Landeswahlleiter erstellt weder Hochrechnungen noch Prognosen, er ermittelt vielmehr das vorläufige amtliche Wahlergebnis auf der Basis der vollständigen Auszählung aller Stimmbezirke im Land. Entsprechendes gilt auch für die Ermittlung der vorläufigen Ergebnisse im jeweiligen Wahlkreis durch die Kreiswahlleiter. Insoweit liegt das vorläufige Ergebnis erst deutlich nach den Veröffentlichungen der Meinungsforschungsinstitute vor.

### Ich bin erkrankt und kann nicht ins Wahllokal gehen. Kann ich trotzdem wählen?

Wenn Du durch Erkrankung gehindert bist, dein Wahllokal aufzusuchen, kannst Du Deine beiden Stimmen durch Briefwahl abgeben. Hierfür musst Du spätestens bis zum 12. Mai 2017 (Freitag) um 18 Uhr einen Wahlschein bei Deiner Gemeinde beantragen. Mit dem Wahlschein erhältst Du automatisch die Briefwahlunterlagen.

Ausnahmsweise können die für die Teilnahme an der Wahl erforderlichen Wahlscheine noch bis zum Wahlsonntag um 15.00 Uhr beantragt und im Wahlamt abgeholt werden. Voraussetzung ist jedoch, dass Du wegen einer nachgewiesenen plötzlichen Erkrankung den Wahlraum am Wahltag nicht oder nur unter unzumutbaren Umständen aufsuchen kannst. Der Wahlbrief mit ausgefülltem Wahlschein und Stimmzettelumschlag samt Stimmzettel muss dann am Wahltag bis 18.00 Uhr beim Wahlamt der Wohnortgemeinde eingehen.

## Ist mein Stimmzettel ungültig, wenn ich nur die Zweitstimme abgebe?

Nein, die Gültigkeit der Zweitstimme ist nicht an die Abgabe der Erststimme gebunden. Nur die jeweils nicht abgegebene Stimme ist ungültig.

## Wie kann ich Wahlhelfer werden?

Wahlhelfer unterstützen die Wahl als Mitglieder eines Wahlvorstands in einem Stimmbezirk. Der Wahlvorstand sorgt am Wahltag für die ordnungsgemäße

Durchführung der Urnenwahl und zählt das Ergebnis im Wahllokal aus. Briefwahlvorstände werten die Wahlbriefe aus. Ihre Tätigkeit endet am Wahlabend mit der Ermittlung des Wahlergebnisses, normalerweise in der Zeit zwischen 20 und 21 Uhr. Hier hast du also die Chance zum „Blick hinter die Kulissen“. Dazu musst Du die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und mindestens 18 Jahre alt sein. Vorkenntnisse brauchst Du nicht, alle Wahlhelfer werden rechtzeitig vor dem Wahltag geschult, und altgediente Wahlhelfer unterstützen die jungen.

*Quelle:* Die Texte wurden mit freundlicher Genehmigung des Landeswahlleiters der Internetseite <https://erstwaehler.nrw.de> entnommen.



## Service auf Facebook: Die Erstwähler

Der Landeswahlleiter bietet diesmal einen besonderen Service für junge Wählerinnen und Wähler: Auf der Internetseite [erstwaehler.nrw.de](http://erstwaehler.nrw.de) gibt es viele Informationen gezielt für junge Erwachsene. Und auf Facebook ([www.facebook.com/erstwaehlerNRW/](http://www.facebook.com/erstwaehlerNRW/)) informiert ein Duo: „Hey! Wir sind Johanna und Gerson und am 14. Mai sind in NRW Landtagswahlen. Wir machen euch dafür fit. Ihr habt Freunde, die dringend Nachhilfe für die Wahl brauchen? Markiert sie in den Kommentaren!“ - so heißt es auf dieser Seite.



# Das ist unsere Meinung

## Umfrage unter jungen Bad Honnefern

Welche Themen bewegen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Bad Honnef? Das wollten wir wissen, um daraus entsprechende Fragen an diejenigen zu entwickeln, die am 14. Mai für ein Mandat im nächsten Landtag kandidieren. Teilgenommen haben insgesamt 479 Schülerinnen und Schüler aus Bad Honnef.

Die Altersverteilung der Teilnehmer sieht so aus:

8,7 %	15 Jahre
33,6 %	16 Jahre
31,9 %	17 Jahre
17,3 %	18 Jahre
6,5 %	19 Jahre
1,0 %	20 Jahre
0,4 %	21 Jahre
0,6 %	keine Angabe

Bewusst wurden nur solche Fragen gestellt, die auch etwas mit der Landespolitik zu tun haben. Vieles, was Jugendliche unmittelbar interessiert, fällt beispielsweise in die Zuständigkeit der Stadt oder gar des Bundes. Zur letzten Kommunalwahl im Jahr 2014 hatte der Stadtjugendring ein ähnliches Projekt aufgelegt und die Meinung von Jugendlichen und Politikern eingeholt. Wer sich für diese Ergebnisse interessiert, kann die entsprechende Broschüre gerne beim Stadtjugendring anfordern.

Noch ein Hinweis zu den Umfrageergebnissen: Aufgrund von Mehrfachnennungen und Enthaltungen ergeben sich bei den Prozentzahlen nicht immer glatte 100 %.

**Fährst Du oft mit Bus und Bahn?**

ja: 41,8 %  
geht so: 38,4 %  
nein: 18,2 %

## Thema: Verkehr

Die meisten Teilnehmer der Umfrage sind oft mit Bus und Bahn unterwegs. Allerdings sind sie nur mäßig mit den Verbindungen zufrieden, und die Ticketpreise sind der überwiegenden Mehrheit zu hoch.



**Wie findest Du die Ticketpreise?**

gut: 4,4 %  
geht so: 23,6 %  
schlecht: 71,8 %

**Wie findest Du die Verbindungen?**

gut: 22,0 %  
geht so: 53,7 %  
schlecht: 24,0 %

Viele Jugendliche empfinden die Preise für **Bus und Bahn** als überhöht. Außerdem lassen Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit zu wünschen übrig. Wie wollen Sie diese Probleme lösen?



## SPD: Denis Waldästl

Im Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) haben wir als SPD ein Azubi-Ticket bereits zum 01.08.2017 durchgesetzt. Ich setze mich gemeinsam mit der NRW SPD dafür ein, dass wir ein landesweites Azubi-Ticket schaffen, um Auszubildenden eine preisgünstige Nutzung des Nahverkehrs zu ermöglichen. Darüber hinaus werde ich darauf hinwirken, dass es landeseinheitliche Tarife gibt und der Tarifwirrwarr der verschiedenen Verkehrsverbünde beendet wird. Hierdurch entsteht ein preiswerteres und übersichtlicheres Nahverkehrsangebot. Eine App der Mobilität für NRW soll künftig Informieren, Buchen und Bezahlen aus einer Hand ermöglichen sowie alle öffentlichen und privaten Verkehrsträger und Mobilitätsangebote digital vernetzen. Ein Baustein, um die Zuverlässigkeit zu erhöhen. In diesem Zusammenhang setze ich mit den Kommunen darauf, dass Angebote wie Taxibusse, Anruf-Sammel-Taxen, Bürgerbusse, Carsharingangebote, Fahrradstationen und der klassische ÖPNV in zentralen Mobilitätsstationen vernetzt werden.

## CDU: Andrea Milz

Unser Anspruch ist, Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger in NRW zu ermöglichen. Dabei ist ein starker ÖPNV ein zentrales Instrument. Der urbane Raum, ländliche Regionen und städtische Randlagen müssen zeitgemäß durch Bus und Bahn erschlossen werden – davon sind wir noch ein gutes Stück entfernt. Wir wollen Sanierung, wo dies nötig ist, das kommunale schienengebundene Netz ausbauen und den Fahrzeugpark schrittweise modernisieren und aufstocken. Viel zu tun gibt es auch bei der Barrierefreiheit, bei Elektrobussen, Express-S-Bahnen und Schnellbussen. In Abstimmung mit den Nahverkehrsverbänden und den Arbeitgebern setzen wir uns für die Einführung eines mit den Semestertickets der Studierenden vergleichbaren „Azubi-Ticket“ ein. Neben „Mobilstationen“ (Haltestellen mit weiteren Versorgungsangeboten) wollen wir die Vereinspauschalen der über 100 ehrenamtlichen Bürgerbusvereine in ländlichen Regionen erhöhen, um dieses attraktive Mobilitätsangebot weiterhin zu unterstützen.

## Grüne: Richard Ralfs

Mit der Digitalisierung und der Verteuerung von Energie werden sich die Verkehrsströme in den nächsten Jahrzehnten deutlich ändern. Das müssen wir heute mitdenken und endlich ÖPNV, Fahrrad und Elektromobilität und smarte/neue Formen des Wegeteilens in den Mittelpunkt der Verkehrspolitik stellen. Entsprechend dieser Einsicht wollen DIE GRÜNEN in NRW viel in den ÖPNV investieren und denken auch an neue Modelle, wie etwa ein NRW-weites Ticket für 2 EUR/Tag (<https://gruenenrw.de/aktuelles/zeuroticket/>). Wie wir uns Mobilität in Zukunft vorstellen, haben wir im Wahlprogramm (<https://gruene-nrw.de/wahlprogramm/>), S. 54-63, dargestellt.

## FDP: Dagmar Ziegner

Zweifellos muss der ÖPNV in der Region attraktiver werden. Doch bereits heute fließen hohe Subventionen in diesen Bereich: So gibt es für Kinder, Schüler und Studenten schon heute reduzierte Fahrpreise und Sonderaktionen z. B. das Schöne-Ferien-Ticket. An vielen Stellen könnte der ÖPNV jedoch auch ohne den zusätzlichen Einsatz von finanziellen Mitteln verbessert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das System der kommunalen Verkehrsverbände mit seinen vielen Gremien und komplizierten Entscheidungsprozessen auf den Prüfstand gestellt wird. Außerdem wollen wir das elektronische Ticket einführen. Die Pünktlichkeit des ÖPNV ist zwar besser als sein Ruf, dennoch kann sich auch hier noch einiges besser werden. Wichtig wäre eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Bonn.

## Piraten: Rouven Dalmer

Gegen steigende Preise & eine schlechte Infrastruktur auf der Schiene hilft eines: #fahrscheinfrei – einen öffentlichen Nahverkehr, den alle ohne jegliches Ticket nutzen können. Durch eine kleine geringe monatliche Umlage aller könnten Bus & Bahn massiv ausgebaut werden – bessere Taktzeiten, moderne Fahrzeuge, Barrierefreiheit überall, Entlastung der Straße, geringere Lärmbelastung, bessere Luft für alle.

## Linke: Andreas Danne

In einem strategischen landesweiten Nahverkehrsausbauplan wollen wir die Grundlagen für zukunftsfähigen ÖPNV vom Schienenverkehr über die Stadtbahn, U- und Straßenbahn, den Bus bis hin zum Ruftaxi schaffen, um die Attraktivität des ÖPNV und die Fahrgastzahlen zu steigern. Zudem erreicht der ÖPNV auch Menschen, die sich kein Auto leisten können. Die zweite große Baustelle beim ÖPNV ist der Fahrpreis. Schon heute sind normale Tickets etwa zur Hälfte öffentlich finanziert. Dennoch bestimmen komplizierte Tarifsysteme, undurchsichtige Übergangsregeln von Verkehrsverbund zu Verkehrsverbund und regelmäßige Preiserhöhungen das Bild. Wir wollen die ÖPNV-Nutzung einfacher und billiger machen, mit der Perspektive auf völlig fahrscheinlose und damit kostenlose Nutzung. Dazu gibt es verschiedene Finanzierungsmodelle, die gerechter und volkswirtschaftlich sinnvoller sind als der Verkauf von Einzeltickets. Muss für einzelne Fahrten nicht oder nur wenig gezahlt werden, wird das Mobilitätsangebot besser angenommen.

## AfD: Thomas Heßling

Die Preise für den ÖPNV lassen sich erheblich senken und die Netzinfrastruktur erheblich verbessern, um Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit sicherzustellen. Zuständig sind hier die Kommunen und auch das Land. Infolge der Überschuldung der Kommunen und vieler Länder sind die Möglichkeiten z.Zt. sehr begrenzt. Zurückzuführen ist das tlw. auf wirtschaftliche Unfähigkeit. Die wenigsten wissen, dass auch durch die Kommunen Aktien- und Anlagegeschäfte getätigt wurden. Bestes Beispiel ist hier RWE. Teilweise halten die

Kommunen hier 25 % des Aktienkapitals. Das führte nach Absturz der Aktie zu Milliardenverlusten. Allein durch die Dividendenstreichung in 2016 entgehen den Kommunen 150 Millionen Euro. Zinswetten oder Cross-Border-Leasing führten ebenfalls zu Milliardenverlusten. Für die Städte und ihre Bürger hat das schmerzhaft Folgen: Damit verkleinert sich der Spielraum für Investitionen in Schulen, Straßen, Schwimmbäder, öffentlichen Nahverkehr. Nötige Sanierungen können nicht vorgenommen oder Neubauten/Anschaffungen nicht getätigt werden.

### Schule

## Thema: Schule

Für die überwältigende Mehrheit der Umfrageteilnehmer ist klar: Das Turbo-Abi nach acht Jahren Gymnasium gehört abgeschafft. Mehr als ein Drittel der Schüler sagt, dass es zu wenig Lehrer an ihrer Schule gibt, und zum Zustand der Schule sagen 54 %: „Geht so“.



### Gibt es ausreichend Schulmaterialien an Deiner Schule?

ja:	53,4 %
geht so:	39,9 %
nein:	6,3 %

### Gibt es ausreichend Material (Stühle, Tische, Entspannungszonen) an Deiner Schule?

ja:	46,8 %
geht so:	38,8 %
nein:	14,4 %

### Die Unterrichtszeiten finde ich...

gut:	59,1 %
geht so:	32,8 %
schlecht:	8,1 %

### Gibt es genügend Lehrer an Deiner Schule?

ja:	42,0 %
nein:	35,2 %
weiß nicht:	22,4 %

### Wenn Du das Abitur machen möchtest, was fändest Du besser:

„Turbo-Abi“ innerhalb von 2 Jahren  
(8 Jahre weiterführende Schule) **29,4 %**

Klassisches Abitur nach 3 Jahren  
(9 Jahre weiterführende Schule) **70,6 %**

### Gibt es Schüler mit Behinderung an Deiner Schule?

ja:	33,0 %
nein:	33,8 %
weiß nicht:	32,0 %

### Wenn ja: Findest Du, dass diese genug gefördert/integriert werden?

ja:	22,3 %
nein:	9,6 %
weiß nicht:	43,6 %

### Wie werden Schüler aus anderen Herkunftsländern an Deiner Schule integriert/ gefördert?

gut:	63,7 %
geht so:	19,2 %
schlecht:	17,3 %



Wie stehen Sie zu dem Wunsch vieler Jugendlicher, dass das **Abitur** wieder einheitlich nach 9 Jahren Gymnasium abgelegt wird?



## SPD: Denis Waldästl

Ich setze mich dafür ein, dass das Abitur nach 13 Schuljahren (G9) der Regelfall an allen Schulen in Nordrhein-Westfalen wird. Seit der Einführung von G8 bin ich dagegen aktiv – erst auf Ebene der Landesschülervertretung und später auch politisch. Schülerinnen und Schüler brauchen mehr Freiraum, auch für außerschulisches Engagement. Dies ist ein wichtiger Bestandteil für die Entwicklung von Sozialkompetenzen und stärkt die Selbstständigkeit der Jugendlichen. Die Sekundarstufe I soll zukünftig wieder die Klassen 5 – 10 umfassen. Die Oberstufe die Jahrgangsstufen 11 – 13. Leistungsstarken Schülerinnen und Schülern möchte ich weiterhin das Abitur nach 8 Jahren ermöglichen. Sie können in Klasse 10 Zusatzkurse belegen und nach der 10. Klasse direkt in die Jahrgangsstufe 12 wechseln. Diese Entscheidung treffen Schülerinnen und Schüler, Eltern und Schule gemeinsam. Ich bin der festen Überzeugung, dass dieser Weg dem Wunsch vieler Jugendlichen und auch deren Familien gerecht wird.

## CDU: Andrea Milz

Wir werden jedem Gymnasium die Wahl lassen, wieder zu einem echten G9 zurückkehren oder beim G8-Modell zu bleiben. Nur noch G9 würde bedeuten, Schulen zu benachteiligen, bei denen G8 gut läuft und wo alle zufrieden sind. Andererseits müssen wir die vielen Eltern und Schüler ernst nehmen, die keine Akzeptanz mehr für G8 haben. Die Neugestaltung von G9 muss sich an einer Verbesserung der Qualität der Gymnasien orientieren, z. B. mit einer Auflösung der Verdichtung des Unterrichtsstoffes in der Mittelstufe, zusätzlichen Stunden zur Förderung von starken und schwächeren Schülern und der zweiten Fremdsprache erst wieder ab Klasse 7.

## Grüne: Richard Ralfs

Ob G8 oder G9 sollte vom Kind und nicht von der Schule abhängen. Dazu haben wir Anfang des Jahres ausführliche Vorschläge gemacht, die von den Fachleuten hoch gelobt wurden. Entscheidend für die Zukunft – auch und gerade in Bezug auf Teilhabe und Chancen – ist aber vor allem, wie wir

die Menschen auf die digitale Gesellschaft vorbereiten: Alle Lebensbereiche werden morgen durch die Sprache und Logik der Informatik, durch Software und Algorithmen geprägt sein. Digitale Kompetenz ist die Schlüsselqualifikation für diese neue Epoche, und es droht uns so etwas wie ein Analphabetismus 2.0, wenn wir unser Bildungssystem nicht schnell und nachhaltig darauf einrichten.

## FDP: Dagmar Ziegner

Wir möchten den Schulen keine weitere Reform vorschreiben, sondern ihnen die Entscheidung über G8 oder G9 selbst überlassen. Viele Gymnasien wollen keine erneuten Umstellungsprozesse und deshalb in Ruhe mit G8 weiterarbeiten, andere wollen zurück zu G9 oder bei entsprechender Größe ab der 7. Klasse parallel beide Bildungsgänge anbieten. Wir wollen vor allem dafür sorgen, dass sich die Bedingungen an den Schulen verbessern – durch mehr Lehrer, mehr Fortbildung, Verbesserung der digitalen Ausstattung, Geld für die Sanierung von Gebäuden.

## Linke: Andreas Danne

G8: Weg mit dem Stress! DIE LINKE will, dass die Schulzeitverkürzung schnellstmöglich zurückgenommen wird. An der Bildung darf nicht länger gespart werden. Nicht auf dem Rücken der Kinder und auch nicht auf dem der Lehrerinnen und Lehrer. Für gute Schulen in NRW brauchen wir dringend mehr Personal, bessere Gebäude und den flächendeckenden Ganztagsausbau. Im Landtag wird DIE LINKE Druck machen, damit das Turboabitur so schnell wie möglich wieder abgeschafft wird.

## Piraten: Rouven Dalmer

Die Piraten setzen sich wieder für G9 ein – den Schülern sollte die zusätzliche Zeit als Freizeit wiedergegeben werden.

## AfD: Thomas Heßling

Diesen Wunsch kann ich nur befürworten. Ich habe selber eine Zeit den Beruf des Lehrers ausgeübt und kenne die Tragik der Entscheidung von G8. Bedauerlicherweise sind die Schulen zu einer der größten Spielwiesen der Politik geworden. Angestoßen wurden die Überlegungen zu G8 bereits nach der Pisa-Studie, in der Deutschland nicht sehr gut dastand (relativ), und setzt sich im Bologna-Prozess fort. Das primäre Ziel der G8-Reform war, das im internationalen Vergleich hohe Schulentlassungsalter in Deutschland zu senken. So sollen die Abiturienten früher in den Arbeitsmarkt eintreten. Dies könnte auch die Folgen des demografischen Wandels abmildern: Je früher der Berufseinstieg erfolgt, desto länger zahlen die Arbeitnehmer in die Sozialkassen ein und desto größer ist für die Arbeitgeber das Angebot an Fachkräften. G8 führte auch zu einer signifikanten Erhöhung der Stundenzahl und zu einer weiteren Ausdehnung des Ganztagsunterrichts. Zusätzlich haben die Rückmeldungen der Universitäten ergeben, dass die Studierfähigkeit der Studienanfänger trotz nominell besserer Noten im Zentralabitur durch die Umstellung auf G8 deutlich nachgelassen hat.

## Thema: Sicherheit

Die allermeisten Schüler, die an unserer Umfrage teilgenommen haben, fühlen sich in Bad Honnef sicher. Mehr Überwachungskameras lehnen 39 Prozent ab; 34 Prozent fänden sie allerdings gut. 47 Prozent finden, dass es genügend Sicherheitskräfte gibt.

Gibt es Deiner Meinung nach genug Sicherheitskräfte/Polizei in Deiner Umgebung?

ja: 47,0 %  
nein: 31,5 %  
weiß nicht: 21,5 %

Frage an die Kandidaten:

Sind noch mehr **Überwachungskameras** aus Ihrer Sicht notwendig? Erhöhen sie tatsächlich die Sicherheit?



## SPD: Denis Waldästl

Mehr Überwachung des öffentlichen Raums schränkt gleichzeitig die Freiheit des Einzelnen ein. Der Einsatz von Überwachungskameras muss daher an jedem Standort sehr genau geprüft werden. Neben der abschreckenden Wirkung für Täter sind Kameras vor allem dann eine sinnvolle Maßnahme, wenn die Polizei die Monitore in unmittelbarer Nähe ständig beobachten und vor allem im Notfall direkt einschreiten kann. Mir ist wichtig, bei meinem Plan

für NRW konkrete Zahlen zu liefern, was die Zukunft der Polizei angeht. Die Neueinstellungen von Polizeianwärter/-innen will ich pro Jahr von 1.100 (CDU/FDP 2010) über 1.920 (SPD/Grüne 2016) auf 2.300 pro Jahr steigern. So schaffen wir eine echte Erhöhung der Polizistenanzahl in NRW auf über 42.500 Beamte. Dies ermöglicht auch die Anzahl der Dorfsheriffs zu verdoppeln und mehr Polizei auf die Straße zu bringen. Eine weitere Maßnahme für mehr Sicherheit ist das Landesprogramm „1.000 helle Orte“ zur Beseitigung von „dunklen Ecken“.

**Wie fändest Du Überwachungskameras an öffentlichen Orten?**

gut: 37,0 %  
schlecht: 38,6 %  
weiß nicht: 24,4 %

**Fühlst Du Dich sicher in Deiner Stadt?**

ja: 87,8 %  
nein: 11,7 %

## CDU: Andrea Milz

Bei einem Vergleich der polizeilichen Ermittlungsinstrumente und Befugnisse in den Bundesländern wird deutlich, dass NRW zu den Ländern mit den niedrigsten Standards gehört. Auch bei der Ausrüstung gibt es erhebliche Defizite und dringenden Nachholbedarf. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht mehr sicher, trauen sich nicht mehr an jeden Ort in ihrer Stadt. Ein Instrument, dem entgegenzuwirken, ist die Videobeobachtung, die wir auch mit auf Mustererkennung beruhender Kamertechnik auf Orte ausweiten wollen, an denen kriminalitätsbegünstigende Faktoren vorliegen. Wir wollen zudem prüfen, inwieweit Kommunen Videoüberwachung im öffentlichen Raum unter Berücksichtigung bestimmter Kriterien und unter Abwägung der grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte und des Datenschutzes nutzen können.

## Grüne: Richard Ralfs

Eine Ausweitung der Videoüberwachung stellt keinen Mehrwert für die Sicherheit dar, sondern schafft vielmehr neue Gefahren für die Grundrechte (<https://goo.gl/WxQr61>). Natürlich kann und sollte man mit klarer und enger rechtsstaatlicher Beschränkung an bestimmten Gefahrenpunkten oder Problempunkten Kameras aufstellen (kritische Infrastrukturen, Banken, Gerichte, etc.). Zur Anzahl von Überwachungskameras ist aber ansonsten vom Grundsatz dasselbe zu sagen wie zu der Orwell'schen Bespitzelung all unserer Kommunikation und Kontakt- und Bewegungsmuster (Metadaten): Wer durch immer mehr Überwachung den Heuhaufen aus Daten immer größer macht, findet die Nadel erst recht nicht. Das zeigen alle Untersuchungen zu den bisherigen Terroranschlägen. Wir brauchen nicht anlasslose Totalüberwachung bis in jedes Schlafzimmer, sondern mehr und besser ausgebildete und ausgerüstete Polizei. Das sehen Forschung und Polizei genauso.

## FDP: Dagmar Ziegner

Eine flächendeckende Videoüberwachung, die eine lückenlose Erfassung jedes Menschen ermöglicht, lehnen wir ab. Videokameras sollten nach genauer Prüfung ausschließlich an Gefahrenpunkten eingesetzt werden. Mehr Kameras können weder Straftaten noch Anschläge verhindern, sondern allenfalls die Aufklärung erleichtern. Um Kriminalität wirkungsvoll zu bekämpfen, wollen wir die Zahl der Polizisten erhöhen, damit sie vor Ort präsent sein können. Gerade die flächenmäßig großen Landkreise wie der Rhein-Sieg-Kreis wurden in den letzten Jahren benachteiligt: Hier sank die Zahl der Stellen von 2000 bis 2016 von 484 auf 469, die Zahl der Streifenwagen von 39 im Jahr auf jetzt 32 und die der zivilen Fahrzeuge von 38 auf 31. Das muss sich dringend wieder ändern.

## Linke: Andreas Danne

Demokratie verteidigen! Überwachung stoppen! Seit Jahren werden demokratische Rechte durch immer neue Überwachungsmaßnahmen eingeschränkt. Wer die Eingriffsbefugnisse des Staates noch mehr ausweiten will, entkernt die Grundrechte, bis von ihnen nichts mehr übrig ist. Bereits jetzt ist Kameraüberwachung allgegenwärtig. Polizei und Geheimdienste verfügen über gigantische Datenbanken. Die davon Betroffenen wissen zumeist nicht einmal, dass ihre Daten dort gespeichert sind. Mit der Vorratsdatenspeicherung stehen alle unter Generalverdacht, während der Staat mit Onlinedurchsuchungen heimlich in Computersysteme eindringt. Wir wollen Grundrechte schützen und den Überwachungsstaat eindämmen.

## Piraten: Rouven Dalmer

Überwachungskameras verhindern keine Straftaten – sie führen noch nicht mal zu einem objektivem Sicherheitsgefühl. Die Piraten sind daher vehement gegen Videoüberwachung!

## AfD: Thomas Heßling

Diese sind weder notwendig noch erhöhen sie die Sicherheit. Erfasst wird immer nur die Tat selber. Dann ist diese aber bereits passiert. Ob sich Straftäter davon signifikant abhalten lassen, ist nicht anzunehmen. Zudem macht eine Verkleidung des Täters die Suche nach ihm auch nicht einfacher. Bei nicht registrierten Personen wird der Prozess noch schwieriger, den Nachweis zu führen. Ob dann die Gerichte die Nachweise für stichhaltig halten, um eine Verurteilung zu begründen, sei dahingestellt. Hier sind vielmehr Aktivitäten auch im Vorfeld nötig.



Landtag NRW in Düsseldorf



Bist Du der Meinung, dass sich die Politiker in NRW genügend um die Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen kümmern?

**ja:** 17,7 %  
**nein:** 80,7 %

Wirst Du von Deinem Wahlrecht Gebrauch machen, wenn Du das entsprechende Alter erreicht hast?

**ja:** 76,2 %  
**nein:** 4,8 %  
**weiß nicht:** 18,2 %

## Thema: Politik

80,7 Prozent der Jugendlichen aus Bad Honnef sagen: Die Politiker in NRW kümmern sich nicht genügend um die Bedürfnisse der Jugendlichen. Eine knappe Mehrheit ist dagegen, dass man auch schon ab 16 an der Landtagswahl teilnehmen darf.

Sollte man schon ab 16 Jahren an der Landtagswahl teilnehmen dürfen?

**ja:** 40,1 %  
**nein:** 45,3 %  
**weiß nicht:** 14,6 %

Kannst Du Dir vorstellen, selbst politisch aktiv zu werden?

**ja:** 10,9 %    **nein:** 27,3 %    **weiß nicht:** 14,4 %

Sind Sie dafür, dass künftig auch 16-Jährige bei der **Landtagswahl** stimmberechtigt sind?



## SPD: Denis Waldästl

Ja. Die SPD hat im Landtag zusammen mit Grünen und Piraten die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Landtagswahl beantragt. Für diese Verfassungsänderung ist eine 2/3-Mehrheit erforderlich. CDU und FDP haben ihre Zustimmung dazu verweigert. Ich werde mich als Landtagsabgeordneter mit der SPD weiterhin für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre stark machen. Junge Menschen brauchen eine Stimme in der Politik. Die Gesellschaft erwartet viel von den Jugendlichen in Schule, Ausbildung und Studium. Mit 16 Jahren greifen viele gesetzliche Regelungen für Jugendliche. Wer von jungen Menschen Verantwortung verlangt, sollte ihnen auch Verantwortung geben – also das Wahlrecht bei Landtagswahlen.

## Grüne: Richard Ralfs

Wir GRÜNEN fordern dies schon lange, auch für die Bundesebene (etwa 2013 im Bundestag: <https://goo.gl/Aj2lQ1>), haben das für die Landesebene NRW natürlich auch im Programm stehen (S. 111 >

## CDU: Andrea Milz

Nein. Das Gesetz regelt die Volljährigkeit mit 18 Jahren. Das Wählen stellt ein sehr wichtiges Recht dar, sodass ich nicht erklären könnte, wieso das Wahlrecht und die Geschäftsfähigkeit auseinanderfallen sollten. Auch gingen alle bisherigen Anträge zur Senkung des Wahlalters immer nur vom aktiven Wahlrecht aus, das heißt, die 16- bis 18-Jährigen könnten dann den Landtag wählen, aber selbst nicht gewählt werden. Warum sollte das so sein? Die CDU will junge Leute ermutigen, sich in die Gesellschaft einzubringen und ihre Anliegen selbstbewusst zu vertreten – daher unterstützen wir die Einrichtung eines überwiegend direkt gewählten Landesjugendparlaments nach dem Vorbild des Scottish Youth Parliament (SYP).

<https://gruene-nrw.de/wahlprogramm/>), und auch die Wissenschaft hat 2016 erneut gute Gründe dafür geliefert (<https://goo.gl/j6geiO>).

## FDP: Dagmar Ziegner

Nach unserer Überzeugung müssen Rechte und Pflichten Hand in Hand gehen. Junge Menschen haben mit 16 noch nicht die Pflichten eines Erwachsenen, deshalb sollten sie auch noch nicht alle Rechte haben. Zudem reicht der Stimmzettel allein nicht aus, um Jugendliche für die Politik zu interessieren: Der Anteil der Erstwähler an den Bundestagswahlen sinkt seit Jahren kontinuierlich. Politiker und Parteien müssen sich daher generell viel mehr Gedanken machen, auf welchen Wegen und mit welchen Themen sie Jugendliche erreichen können.

## Piraten: Rouven Dalmer

Ich als Pirat bin dafür, dass auch künftig ab 16 Jahre gewählt werden darf. Dies ist aktuell nur bei den Kommunalwahlen in NRW möglich. Die Jugend ist unsere Zukunftsgeneration und sollte auch an künftigen Entscheidungen mitwirken dürfen.

## Linke: Andreas Danne

Mehr Demokratie wagen! Bei Wahlen wollen wir eine größtmögliche Beteiligung aller hier dauerhaft lebenden Menschen erreichen. Es ist nicht einsichtig, warum in Deutschland Millionen von Menschen vom politischen System ausgeschlossen werden, obwohl sie von allen politischen Entscheidungen betroffen sind. Für uns zählt der allgemeine Grundsatz, der sich aus den Menschenrechten ableitet: ein Mensch – eine Stimme. Wir wollen das Wahlalter für alle Wahlen auf höchstens 16 Jahre herabsetzen. Früher 21, heute 18 oder 16 Jahre,

das sind alles willkürliche Grenzziehungen. Eine sachliche Begründung, warum man mit 16 eine politische Entscheidung treffen kann und nicht mit 15, gibt es nicht. Wir wollen eine gesellschaftspolitische Debatte darüber, wie Kinder und Jugendliche besser an politischen Entscheidungen beteiligt werden können.

## AfD: Thomas Heßling

Nein. Landtagswahlen und prinzipiell Wahlen stellen nicht die einzige Möglichkeit dar, um politische Entwicklungen zu beeinflussen. Eine Organisation wie die Ihrige kann z. B. Einfluss ausüben. Volksentscheide, wie die AfD sie fordert, können ebenfalls dazu beitragen. Auch Demonstrationen gegen politische Entscheidungen können etwas bewirken. In diesem Zusammenhang erinnert sich kaum jemand an die Demos der 60er- und 70er-Jahre. Auch in den Schulen kann man den schulpolitischen Meinungsbildungsprozess beeinflussen (Schulsprecher, Schülerrat, LSV, BSK). Es macht also durchaus Sinn, in diesen Netzwerken Erfahrungen zu sammeln um dann später, z.B. bei Landtagswahlen, genauer urteilen zu können.





**Denis Waldästl**  
**SPD**

Alter: 29  
Wohnort: Sankt Augustin  
Beruf: Bankkaufmann  
Link: [www.deniswaldaestl.de](http://www.deniswaldaestl.de)



**Richard Ralfs**  
**Bündnis 90/  
Die Grünen**

Alter: 49  
Wohnort: Königswinter  
Beruf: Geschäftsführer  
Link: [richard-ralfs.de](http://richard-ralfs.de)



**Andrea Milz**  
**CDU**

Alter: 54  
Wohnort: Königswinter  
Beruf: Referentin  
Link: [www.andrea-milz.de](http://www.andrea-milz.de)



**Dagmar Ziegner**  
**FDP**

Alter: 54  
Wohnort: Königswinter  
Beruf: Journalistin  
Link: [www.dagmar-ziegner.de](http://www.dagmar-ziegner.de)



**Rouven Dalmer**  
**Piratenpartei**

Alter: 33  
Wohnort: Sankt Augustin  
Beruf: Informatikkaufmann



**Andreas Danne**  
**Die Linke**

Alter: 55  
Wohnort: Königswinter  
Beruf: Werbekaufmann  
Link: [tinyurl.com/krwk2ec](http://tinyurl.com/krwk2ec)

**Hinweis:** Der AfD-Kandidat Thomas Heßling hat zwar die Fragen beantwortet, wollte aber weder Foto noch persönliche Daten von sich veröffentlichen.